

V2502 Postulat (Grüne/Junge Grüne, EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Digitaler Parlamentsbetrieb zur Stärkung der politischen Teilhabe"

Abschreibung; Parlamentsbüro

1. Ausgangslage

Das Parlament hat am 16. Juni 2025 die V2502 Motion (Grüne/Junge Grüne, EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Digitaler Parlamentsbetrieb zur Stärkung der politischen Teilhabe" als Postulat mit 28 Stimmen dafür, 6 Stimmen dagegen und 3 Enthaltungen erheblich erklärt und damit das Parlamentsbüro beauftragt, über die Ergebnisse der Abklärungen zu den Punkten 1-7 des Vorstosses Bericht zu erstatten. Das Parlamentsbüro hat in seiner Vorstossbeantwortung in Aussicht gestellt, die Produkte von recapp in einer dreimonatigen Testphase auszuprobieren und über die Erfahrungen Bericht zu erstatten.

2. Erfüllung Postulat und Umsetzung

Mit dem parallel zum vorliegenden Abschreibungsantrag eingereichten Bericht kommt das Parlamentsbüro der Berichterstattung zum Testbetrieb und den Ziffern 1-7 des Postulats V2502 nach. In seinem Bericht unterbreitet das Parlamentsbüro dem Parlament drei verschiedene Varianten inkl. Kostenangabe für die Digitalisierung des Parlamentsbetriebs. Dabei empfiehlt es dem Parlament, die Digitalisierung gemäss Variante 1 "Einführung der Transkriptions- und Protokollierungssoftware mit öffentlich zugänglichem Audio-Archiv" anzugehen.

Antrag

Das Parlamentsbüro beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Postulat wird abgeschrieben.

Köniz, 11.02.2026

Das Parlamentsbüro

Beilagen

1) PARB Protokollauszug von 16.6.2025: V2502 Motion (Grüne/Junge Grüne, EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Digitaler Parlamentsbetrieb zur Stärkung der politischen Teilhabe", Beantwortung



Parlamentssitzung vom 16.06.2025

Protokollauszug

V2502 Motion (Grüne/Junge Grüne, EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Digitaler Parlamentsbetrieb zur Stärkung der politischen Teilhabe"

Beantwortung; Parlamentsbüro

Vorstosstext

Das Parlamentsbüro wird beauftragt,

1. den Audiostream der Parlamentssitzungen in Echtzeit im Internet zu übertragen.
2. zusätzlich auch einen Videostream zu übertragen.
3. die dadurch erfassten Daten in einem öffentlich zugänglichen Archiv zu speichern. Sofern Videodaten erfasst werden, können diese aufgrund des erhöhten Speicherbedarfs auch nur zeitlich beschränkt gespeichert werden.
4. eine Regelung zu formulieren, die dem Parlamentsbüro erlaubt, in Ausnahmefällen auf eine Echtzeitübertragung zu verzichten.
5. das geltende Verbot von Foto- und Videoaufnahmen zu lockern.
6. geeignete Massnahmen zum Schutz vor Missbrauch der erfassten Daten zu treffen.
7. zu prüfen, ob und wie das Parlament mit einer Abstimmungsanlage ausgestattet werden kann.

Begründung

Transparenz und Partizipation sind unverzichtbare Grundpfeiler der Demokratie. Dennoch nimmt die Beteiligung an Parlamentssitzungen, sowohl von Medienschaffenden als auch von Bürgerinnen und Bürgern, stetig ab. Selbst der Gemeinderat beabsichtigt, seine Anwesenheit während der Sitzungen zu reduzieren. Dadurch entfallen wichtige Kommunikations- und Informationskanäle.

Ein digitalisierter Parlamentsbetrieb mit Übertragung und Archivierung der Parlamentsdebatten sowie dem Einsatz einer Abstimmungsanlage schafft Flexibilität und erhöht den Zugang für die Könizer:innen zum Parlamentsbetrieb und den lokalpolitischen Diskussionen. Interessierte können Sitzungen online verfolgen oder zeitversetzt abrufen. Dies erleichtert die politische Teilhabe. Moderne Archivierungssysteme bieten zudem die Möglichkeit automatischer Transkription des gesprochenen Worts. Eine Abstimmungsanlage macht den Parlamentsbetrieb effizienter und die parlamentarischen Entscheide besser nachvollziehbar.

Sofern Videos aufgezeichnet und gespeichert werden, sollen die Ausschnitte so gewählt werden, dass möglichst keine Arbeitsplätze, Bildschirme oder persönliche Utensilien von Parlamentsmitgliedern mitgefilmt werden. Aufgrund des erhöhten Ressourcenbedarfs von Videodaten kann die Speicherung auch zeitlich beschränkt werden. Audiodaten sollen jedoch zeitlich unbegrenzt verfügbar sein.

Das Parlamentsbüro soll die Motion technisch und rechtlich so umsetzen, dass allfälligem Missbrauch - insbesondere dem Missbrauch durch Deepfakes und Identitätsdiebstahl - von erfassten Daten angemessen vorgebeugt wird. Das Parlamentsbüro soll ausserdem in begründeten Ausnahmefällen auf eine Echtzeitübertragung, nicht aber auf die Archivierung, verzichten können.

Eingereicht

10.02.2025

Unterschrieben von 21 Parlamentsmitgliedern

Lukas Erni, Toni Eder, Reto Zbinden, Christina Aebischer, Monika Röthlisberger, Sara Gasser, Urs Mumenthaler, Janka Hamm, Roger Tanner, Fabienne Marti, Sandra Röthlisberger, Laura Hoffman, Mayra Faccio, Klaus von Muralt, David Müller, Arlette Münger, Katja Streiff, Matthias Müller, Selin Lopez, Brigitte Rohrbach, Casimir von Arx

Antwort des Parlamentsbüros

1. Formelle Prüfung

Für die Umsetzung der Motion bedarf es eine Änderung des Geschäftsreglements des Parlaments. Mit der Erheblicherklärung dieser Motion erteilt das Parlament dem Parlamentsbüro einen verpflichtenden Auftrag (siehe Beilage 1).

2. Ausgangslage

Die Sitzungen des Könizer Parlaments sind für die Öffentlichkeit über die Tribünenplätze im Rossstall oder bei Sitzungen mit einem besonderen öffentlichen Interesse (beispielsweise, wenn eine Volksvorlage behandelt wird) über die Echtzeitübertragung im Internet zugänglich. Bisher wurden diese Aufnahmen nicht archiviert. Die vorliegende Motion fordert, dass die Parlamentsitzungen künftig regelmässig – und nicht nur bei Vorliegen von besonderen Gründen – im Internet mit Ton und allenfalls auch mit Bild in Echtzeit im Internet übertragen werden – es sei denn, wenn das Parlamentsbüro in Ausnahmefällen explizit auf eine Echtzeitübertragung verzichtet. Neu sollen die erfassten Ton- (allenfalls auch die Bild-) Daten in einem öffentlich zugänglichen Archiv aufbewahrt werden, damit diese auch noch im Nachgang einer Sitzung konsultiert werden können. Darüber hinaus verlangt die Motion eine Regelung zum Schutz vor allfälligem Missbrauch der erfassten Daten sowie auch eine Lockerung der heutigen Regelung bezüglich Bild- und Tonaufnahmen der Sitzungen (gemäss Art. 11 Abs. 2 GRP). Schliesslich soll geprüft werden, inwiefern das Könizer Parlament mit einer Abstimmungsanlage ausgestattet werden kann.

3. Technische Umsetzung

Das Parlamentsbüro hat an ihrer Sitzung vom 18. März 2025 David Imseng, Geschäftsführer und Mitgründer der Firma recapp, die führende Anbieterin für multilinguale Spracherkennung im Bereich akzentuierten Sprache und Dialekte in der Schweiz für eine Präsentation der Einsatzmöglichkeiten ihrer Software eingeladen.

Wird der Vorstoss überwiesen, wird das Parlamentsbüro weitere Abklärungen mit dem Betriebsleiter des Kulturhofs Schloss Köniz (z. B. betreffend feste Installationen im Rossstall) sowie mit dem Informatikzentrum (z. B. Speicherung der Audio- und Videodaten auf einem IZ-Server) vornehmen.

4. Rechtliche Auswirkungen

Wenn das Parlament die Motion erheblich erklärt, muss das Geschäftsreglement des Parlaments (Art. 11, 20, 65 ev. weitere Artikel) angepasst werden.

5. Argumente

Aus der Sicht des Parlamentsbüros sprechen folgende Argumente für bzw. gegen die Umsetzung der verschiedenen Ziffern der Motion:

Dafür	Dagegen
Automatisierte Erstellung des Wortprotokolls	
Effizienzsteigerung und Kosteneinsparungen bei Protokollierung	Durch die Anschubinvestition entstehen Mehrkosten im Budget 2025
Audio- und Videostream in Echtzeit im Internet übertragen	
Der heutigen Zeit angepasste Stärkung der politischen Teilhabe durch orts- und zeitunabhängige Möglichkeit, die Parlamentssitzungen mitzuverfolgen.	Höhere Kosten für das Streaming als bisher (CHF 890.-/Übertragung), wenn jede Parlamentssitzung gestreamt wird.
Möglichkeit eines interaktiven Protokolls, bei dem Video und Text verlinkt werden. Debatten können so bei Bedarf in sozialen Medien geteilt werden.	Risiko von Deepfakes durch Aufzeichnung
Effizienzsteigerung beim Suchen der relevanten Informationen	
Archivierung der Streams	
Möglichkeit, die Streams zeit- und ortsabhängig im Nachhinein zu verfolgen	Unklar, ob Nutzen grösser als Kosten
Abstimmungsanlage	
Volle Transparenz und Nachvollziehbarkeit der politischen Entscheidungen	Durch höhere Transparenz könnte Bereitschaft zu parteiübergreifenden Kompromissen oder zu individuellem, von der Fraktion abweichendem Stimmverhalten sinken
Effizienzsteigerung bei den Abstimmungen	hohe einmalige Installationskosten insbesondere bei Komplettintegration

6. Finanzen

Die Kosten für die Nutzungsarten und die verschiedenen Varianten der Digitalisierung des Parlamentsbetriebs können für die verschiedenen Nutzungsvarianten wie unten folgt grob beziffert werden. Die Beträge verstehen sich inkl. 8.1% MWST. Inbegriffen sind auch die Kosten für das regelmässige Software-Update und für den Support.

Nutzung A: manuelle Erfassung der Metadaten (Sprechermarken, Abstimmungsergebnisse) mit Audioaufnahme mit oder ohne Audioarchiv

Transkriptionssoftware ohne Audioarchiv (keine einmaligen Installationskosten nötig)

Variante 1 Transkriptionssoftware ohne Audioarchiv
Inkl. Audio-Livestream wie bisher bei Youtube

➤ Jährliche Lizenzgebühren: CHF 6'378.- / Jahr

Transkriptionssoftware mit Audioarchiv (keine einmaligen Installationskosten nötig)

Variante 2 Transkriptionssoftware mit Audioarchiv
Inkl. Audio-Livestream wie bisher bei Youtube

- Jährliche Lizenzgebühren: CHF 10'594.- / Jahr

Variante 3 Transkriptionssoftware und Audioarchiv
inkl. Audio-Livestream bei Infomaniak (Schweizer Webhosting-Unternehmen, das Live-Streaming-Dienste anbietet)

- Einmalige Installationskosten: CHF 6'486.- einmalig
- Jährliche Lizenzgebühren: CHF 13'837.- / Jahr

Nutzung B: manuelle Erfassung der Metadaten (Sprechermarken, Abstimmungsergebnisse) mit Videoaufnahme

Transkriptionssoftware mit Videoarchiv

- Einmalige Installationskosten: CHF 10'810.- einmalig
- Jährliche Lizenzgebühren (inkl. Software):

Variante 1 Videostreaming bei Youtube CHF 13'837.- / Jahr

Variante 2 Videostreaming bei Infomaniak CHF 17'080.- / Jahr

Zusätzlich zu diesen Kosten würden bei Nutzung B entsprechende Personalkosten für die Videoaufnahme vor Ort im Rossstall anfallen.

Nutzung C: vollautomatische Erfassung der Metadaten (Sprechermarken, Abstimmungsergebnisse) mit Videoaufnahme

- Integrationskosten mit Abstimmungsanlage im Saal bei recapp: CHF 12'972.- einmalig
- Einmalige Beschaffungs- und Installationskosten bei einem Partner:
 - Variante 1** Budget-Variante CHF 64'860.- einmalig
 - Variante 2** Minimallösung CHF 108'100.- einmalig
 - Variante 3** Komplettintegration CHF 216'200.- einmalig
- Jährliche Lizenzgebühren (inkl. Software):
 - Variante 1** Videostreaming bei Youtube CHF 13'837.- / Jahr
 - Variante 2** Videostreaming bei Infomaniak CHF 16'215.- / Jahr

Zusätzlich würden auch bei Nutzung C entsprechende Personalkosten für die Videoaufnahme anfallen.

Testphase mediaparl

- **Variante 1:** 3-monatige Testphase ohne Integration CHF 838.- einmalig
 Videostreaming durch Patrick Zaugg
 von prmedia (bisher) für 3 Parlamentssitzungen 3 x CHF 890.-
 Total Testphase: CHF 3'508.-
- **Variante 2:** 3-monatige Testphase mit Integration (für Streaming) CHF 10'810.- einmalig
 Videostreaming durch Infomaniak CHF 810.- (für 3 Monate)
 Total Testphase: CHF 12'561.-

Der Betrag für den Testbetrieb ist nicht im Budget 2025 (Ratskredit) eingestellt.

Berechnung der Einsparungen durch automatische Protokollierung:

Das Könizer Parlament tagt jährlich zwischen 10- bis 13-mal während zirka 40 Sitzungsstunden. Der Arbeitsaufwand für das Wortprotokoll der Parlamentssitzungen ab Audiodatei von Dialekt ins Hochdeutsche beträgt zirka 1:7 (1 Stunde Sprechzeit benötigt ca. 7 Stunden Arbeitszeit). Im Jahr fallen folglich ungefähr 280 Arbeitsstunden für die Protokollierung an. Gemäss Angaben der Software-Anbieterin kann durch die Protokollierungssoftware mediaparl bis 50 Prozent des Arbeitsaufwands eingespart werden. Im Jahr könnte somit ein mittlerer vierstelliger Betrag eingespart werden. Falls die Software auch für Kommissionssitzungen verwendet würde, könnten weitere Einsparungen gemacht werden.

7. Fazit

Das Parlamentsbüro schlägt vor, die Ziffern 1, 2, 3, 4 und 6 der Motion in ein Postulat umzuwandeln, damit die Produkte in einer 3-monatigen Testphase ausprobiert werden können. In der Testphase würden 3-Videostreamings stattfinden, unabhängig davon, ob besondere Gründe für eine Live-Übertragung der Parlamentssitzung vorliegen (gemäss Art. 11 Abs. 1bis GRP). Danach sollen die Erfahrungen aus dem Testbetrieb ausgewertet werden. Nach Ablauf des Testbetriebs legt das Parlamentsbüro dem Parlament eine Vorlage für einen definitiven Entscheid vor. Bezüglich Testbetrieb spricht sich das Parlamentsbüro für die kostengünstigere Variante ohne Integration aus. Die Kosten, die somit für die 3-monatige Testphase anfallen würden, belaufen sich voraussichtlich auf CHF 3'508.-.

Ziffer 5 bedingt eine Änderung des Artikels 11 Absatz 2 des Geschäftsreglements des Parlaments und kann unabhängig vom Testbetrieb umgesetzt werden. Das Parlamentsbüro teilt die Ansicht, dass der restriktive Umgang mit Foto- und Videoaufnahmen nicht mehr zeitgemäss ist, und beantragt daher, Ziffer 5 als Motion zu überweisen.

Ziffer 7: Das Parlamentsbüro erachtet die Kosten für eine Abstimmungsanlage (gemäss Offerte von recapp) im Vergleich zum erwarteten Nutzen als zu hoch. Das Parlamentsbüro schlägt die Umwandlung von Ziffer 7 in ein Postulat vor. Folgt das Parlament diesem Vorschlag, wird das Parlamentsbüro abklären, ob es eine günstigere Alternative zu den offerierten Abstimmungsanlagen gibt.

8. Stellungnahme des Gemeinderats

Der Gemeinderat begrüsst die Bestrebungen zur Erhöhung der Transparenz sowie zur weitergehenden Digitalisierung des Parlamentsbetriebs. Der Gemeinderat verzichtet auf eine Stellungnahme zu den Punkten 1-6 der Motion. Die Prüfung der Ausstattung des Parlaments mit einer elektronischen Abstimmungsanlage (Punkt 7) lehnt der Gemeinderat aus Kostengründen ab. Der Gemeinderat weist darauf hin, dass bei Annahme des Vorstosses die verschiedenen zuständigen Verwaltungsabteilungen zwecks Koordination/Verknüpfung der Systeme und der Anpassung der rechtlichen Grundlagen frühzeitig beigezogen werden sollen.

Antrag des Parlamentsbüros

Das Parlamentsbüro beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Ziffern 1, 2, 3, 4, 6 und 7: Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Ziffer 5: Die Motion wird erheblich erklärt.

Köniz, 31.03.2025

Das Parlamentsbüro

Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion
- 2) Offerte recapp vom 24.03.2025
- 3) Stellungnahme Gemeinderat vom 7.05.2025

Diskussion

Erstunterzeichner, Lukas Erni, Grüne: Ich habe zuvor schnell nach draussen geschaut, es wird langsam dunkel, wir kommen also langsam in diese Dämmerungsphase hinein. Ich versuche mich kurz zu halten und halte hier auch gleich das Fraktionsvotum:

Ich möchte mich an dieser Stelle herzlich beim Parlamentsbüro bedanken. Die Antwort auf unsere Motion wurde sorgfältig und nachvollziehbar erarbeitet und ich glaube, den Kern und die Absicht dieser Vorlage wurde sehr gut erkannt, auch wenn man bei diesen vielen verschiedenen Varianten mit diesen technischen Details beinahe den Überblick verlieren kann.

Ich finde vor allem den Vorschlag mit der dreimonatigen Testphase gut, denn dies ist aus unserer Sicht ein sehr pragmatischer Schritt, weil dieser es ermöglicht, das Ganze technisch und organisatorisch zu prüfen und auch die finanziellen Fragen im Detail klären zu können. Der Grossteil wurde jedoch bereits geklärt. Und vor allem kann man diese Produkte auch einmal ausprobieren.

Uns ist dabei wichtig, dass dieser Testbetrieb nicht nur zu einer Klickzählung genutzt wird, um zu schauen, wie viele Leute denn zuschauen. Natürlich interessiert uns dies, aber ein neues Angebot braucht Zeit - das Wissen alle KMUlerinnen und KMUler, dass dies auch hier gilt. Politische Teilhabe misst sich nicht an den Klickzahlen, sondern nach Zugänglichkeit und genau um das geht es eigentlich. Der digitale Parlamentsbetrieb ist nämlich kein Luxus, sondern ein Dienst an der Demokratie und an der Bevölkerung. Es ist ein Service public, welcher Köniz transparenter, nahbarer und auch zugänglicher macht. Und es ist eigentlich nicht die Frage, ob Köniz irgendeinmal den Parlamentsbetrieb digitalisiert, sondern vielmehr wann dies geschieht. Und nicht zuletzt sehen wir hier auch eine Produktivitätssteigerung.

Da es so aussieht, als gäbe es für die Überweisung von Punkt 5, nämlich bezüglich des Verbots von Foto- und Videoaufnahmen keine Mehrheit, möchte ich diesen Punkt gerne explizit in ein Postulat umwandeln. Ich hoffe, das reicht so, wenn ich dies so sage. Dann wäre es dann eigentlich ein vollständiges Postulat.

Die Fraktion der Grünen/Jungen Grünen unterstützen die Umwandlung in dieses volle Postulat und stimmen dem restlichen Vorschlag des Parlamentsbüros zu.

Ich weiss, der Wahlkampf ist gestartet, aber ich hoffe trotzdem auf kühle Köpfe und eure Unterstützung und wenn wir es ganz genau nehmen, haben wir nämlich bereits seit einigen Jahren eine kleine lokale Liveübertragung. Und zwar einen Stock tiefer und hie und da, zuletzt heute, haben auch Leute unten zugeschaut. In diesem Sinn, vielen Dank für eure Unterstützung.

Parlamentspräsident Casimir von Arx: Vielen Dank Lukas, wir werden bei Gelegenheit überprüfen, ob dieser Bildschirm unten reglementswidrig ist. Ich halte fest, dass der Motionär die Motion in ein Postulat umgewandelt hat und ich halte fest, dass Gemeinderat Hans-Peter Kohler die Sitzung verlassen hat.

Fraktionssprecherin FDP, Heidi Eberhard: Eine Fülle von Möglichkeiten werden uns hier zur Lösung des Problems geboten. Wir haben die Qual der Wahl.

Die Antwort des Parlamentsbüros ist ausführlich. Unter den Punkten Finanzen und Berechnung der vermeintlichen Einsparungen durch automatische Protokollierung werden die Nutzungsarten A bis C und die verschiedensten Varianten der Digitalisierung aufgelistet - von der minimalen bis zur maximalen Variante. Uns ist nicht ganz klar, was man hier nun kaufen würde. Ist dies die berühmt-berüchtigte Salami-taktik, bei welcher stetig etwas mehr dazu kommt und plötzlich haben wir das Ganze, was wir eigentlich gar nie wollten? Das Angebot reicht von CHF 3'508 bis CHF 12'561 für eine minimale Version, bis zur Nutzung unter C von CHF 216'200 einmalig und dann bei allen Varianten jährlich wiederkehrende Lizenzgebühren von stets über CHF 10'000 inkl. Software. Es kann also teuer werden.

Wir entnehmen der Berechnung der Einsparungen, durch die automatische Protokollierung, dass pro Jahr ein mittlerer vierstelliger Betrag eingespart werden kann, da die Arbeitsstunden für die Protokollierung halbiert werden können. Diesem vierstelligen mittleren Betrag der Einsparung stehen jedoch bei den vorgeschlagenen Nutzungsvarianten stets eine jährlich wiederkehrende Lizenzgebühr von einem notabene über der Mitte liegenden vierstelligen bis zu einem fünfstelligen Betrag gegenüber. Die Einsparung frisst sich somit selber auf resp. je nach vorgeschlagener Variante verteuert sich das ganze Vorhaben jährlich.

Die Fraktion FDP. Die Liberalen kam daher zum Schluss, dass der Status quo beibehalten werden soll. Es gibt keine wesentlichen Einsparungen. Wir lehnen den Antrag des Parlamentsbüros für alle Ziffern einstimmig ab, auch für jene, welche hier jetzt noch umgewandelt worden ist. Wir stellen zudem auch den Antrag, dass die Abstimmungen ausgezählt werden, damit man die Zustimmungen, Ablehnungen und Enthaltungen sieht, damit dies auch transparent ausgewiesen wird.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Mayra Faccio, JUSO: Wir haben in der SP/JUSO-Fraktion den Vorschlag des Parlamentsbüros lange diskutiert. Dass wir unseren Parlamentsbetrieb an das heutige Zeitalter anpassen sollten, ist für uns klar. Darum finden wir auch, dass eine Lockerung dieses Verbots hier angebracht ist. So wird das Parlament niederschwellig und greifbar für die Bevölkerung. Wir haben aber beim Diskutieren gemerkt, dass wir mehr Informationen und eine genauere Prüfung brauchen, bevor wir hier alles verändern.

Die Offerte für die Übertragung der Parlamentssitzungen und einer möglichen Abstimmungsanlage, fanden wir doch etwas hoch. Bei der Abstimmungsanlage haben wir auch darüber diskutiert, ob eine klassisch fest installierte Abstimmungsanlage wirklich mit der Mehrbenützung des Rossstalls funktioniert. Vielleicht gibt es dort auch eine unkompliziertere und günstigere Lösung, welche besser zu unserem Parlamentsbetrieb passt. Auch bei der Übertragung der Parlamentssitzungen haben wir uns gefragt, ob denn der Anbieter die richtige Lösung für unser Parlament ist.

Ob die Videoübertragung wirklich nötig ist oder Audio ausreichen würde, hat bei uns ebenfalls für Diskussionen gesorgt. Genauso wie die Frage, ob man dann die Daten wirklich archivieren und aufschalten muss. Für uns war bei der Übertragung per Video vor allem der Datenschutz ein Thema, darum ist für uns Punkt 6 auch sehr wichtig. Es ist heute sehr einfach, von einem Livestream eine Bildschirmaufnahme zu machen, darum ist es wichtig, sich zu überlegen, wie

man mit solchen Sachen umgeht und diese möglichst verhindern kann damit es keinen Missbrauch der Daten gibt.

Auch dass man im Parlament Film- und Fotoaufnahmen machen kann, ist ein Mittel, welches die Politik nahbarer macht. Gleichzeitig sehen wir auch hier ein Risiko, da Aussagen aus dem Kontext gerissen oder willkürlich zusammengeschnitten werden können. Im Allgemeinen sind wir also gegenüber einer Lockerung dieses Verbots und der Möglichkeit einer Übertragung positiv gestimmt. Es muss aber definitiv noch besser ausgearbeitet werden. Darum stimmen wir einer Umwandlung dieser Motion in ein Postulat einstimmig zu.

Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP: Ihr habt unsere Stellungnahme im Antrag auf Seite 6. Grundsätzlich ist der Gemeinderat der Meinung, dass der Parlamentsbetrieb in eurer Kompetenz ist und da wollen wir uns auch nicht einmischen und eigentlich haben wir zu den Punkten 1 bis 6 gar nichts dazu zu sagen.

Bei Punkt 7, wollen wir sagen, dass dies ein ziemlicher Kostenpunkt wäre, für etwas – und darum sagen wir etwas, weil wir finden, es ist aus unserer Sicht sehr aufwändig – das man im Könizer Parlament doch noch mit sehr einfachen Mitteln selber machen kann, nämlich die Stimmen zu zählen. Da würden wir euch aufgrund der Kosten beliebt machen, dass ihr diesen Punkt 7 ablehnt, unabhängig, ob jetzt Postulat oder nicht.

Sprecherin Parlamentsbüro, Selin López, FDP: Gerne möchte ich Namens des Büros noch einige Worte dem vorliegenden Geschäft widmen: Wir sind im Zeitalter von Künstlicher Intelligenz, LLM, Gen AI, Social Media und Streamingdienste angelangt, aber der Parlamentsbetrieb ist noch so wie vor Jahrzehnten. Das Büro empfiehlt, mit der Zeit und mit dem technologischen Wandel der Zeit mitzugehen. Schlussendlich sind wir eine moderne Gesellschaft und wollen moderne Instrumente haben. Wäre es nicht schön gewesen, wenn mehr Leute aus Köniz der angeregte Diskussion bei der Jahresrechnung hätten folgen können? Die Jahresrechnung, die Diskussionen, das Hick und Hack, das wäre jetzt doch einmal etwas gewesen, was die Leute vielleicht einmal spannend gefunden hätten.

Mittels Motion der Grünen/Jungen Grünen, EVP-GLP-Mitte-Fraktion unter dem Titel "Digitaler Parlamentsbetrieb zur Stärkung der politischen Teilhabe" wurde das Büro mit der vorliegenden Antwort dieser Motion beauftragt. Ich habe zur Kenntnis genommen, wie auch bereits der Präsident, dass die Umwandlung in ein Postulat in Ordnung geht und auch der Versuch eines Testbetriebs sehr geschätzt wird.

Jetzt noch zu einigen Voten, welche hier gefallen sind: Es gab Äusserungen, dass man Ängste hat - unter anderem zu Deepfakes bei der SP/JUSO - und das nehmen wir sehr ernst. Der Auftrag, wie er ursprünglich gestellt wurde, hat auch genau das beinhaltet: Es muss verhindert werden können, dass hier irgendwelche Persönlichkeitsverletzungen geschehen.

Was vielleicht noch erwähnt werden kann, ist, dass viele Parlamente in der Schweiz solche Tools bereits im Einsatz haben - sei dies als Audio und/oder Videoaufzeichnung. Wenn man jetzt schaut: Ist die Gemeinde Köniz jetzt wirklich so spannend für solche Deepfakes? Da kann man ein grosses Fragezeichen setzen, auch wenn wir immer wieder sagen, Köniz ist die kleine Schweiz, ich glaube, da dürfen wir uns nicht zu gross fühlen.

Im Hinblick auf die vorgeworfene Salamiaktik, welche von der FDP vorgebracht wurde, kann ich versichern, dass wir die Prüfung der Kosten sehr genau genommen haben. Darum kam es auch so detailliert in dieser Antwort und wir werden diese Angebote sicherlich weiterhin kostenbewusst prüfen. So haben wir unter anderem im Büro bereits festgehalten, dass eine Abstimmungsanlage gemäss der vorliegenden Antwort tatsächlich etwas zu teuer wäre - da sind wir auch mit dem Gemeinderat einig. Aber trotzdem würden wir gerne nach weiteren Varianten, welche günstiger sind, weiter suchen und darum empfehlen wir eben auch, das Postulat beizubehalten und nicht abzulehnen.

Das Büro findet, die Zeit ist reif für einen Testbetrieb - kommen wir im 21. Jahrhundert an.

Erstunterzeichner, Lukas Erni, Grüne: Ich danke dem Parlamentsbüro vielmals für diese Zusatzausführungen. Die Firma, welche dies anbietet ist eine Schweizer Firma, ein Schweizer KMU, da müsste eigentlich die FDP naturgemäss bereits dafür sein. Diese Investitionen sind eigentlich eine lokale Wertschöpfung, welche hier stattfinden und das sind auch Löhne. Aber dies nur als Randbemerkung.

Es ist eine Umwandlung in ein Postulat. Mit dem wird noch gar nichts ausgegeben, sondern es geht wirklich nur darum, diese Sache weiter zu verfolgen – also doch, einmalig wird natürlich

doch etwas ausgegeben, aber danach sind wir an nichts gebunden, sondern es geht darum, dies auszulegen und dies zu prüfen, so dass man sagen kann, ob dies etwas für uns ist oder nicht und in welcher Form. Wir kaufen keine Katze im Sack, wir wissen haargenau, was darin enthalten ist, wir wissen es danach sogar besser also zuvor und das ist bei den Geschäften nicht immer gegeben. Und darum habe ich das Gefühl, es ist super, wenn man dies testen kann und dann können wir am Schluss nochmals die Debatte führen, was genau für uns das geeignete Instrument ist.

Beschluss

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: 28 Stimmen für erheblich erklären / 6 Stimmen für ablehnen / 3 Enthaltungen)

Fachstelle Parlament

Köniz, 07.10.2025